



Tagungsbericht

Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Zwischen Aufbruch und Migration

Stefan Burkhardt

Podiumsdiskussion
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 05.11.2015
im Konferenzzentrum München

Datei eingestellt am 12.11.2015 unter
www.hss.de/download/151105_EZ_Afrika.pdf

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuchs).]

Das vierte Entwicklungspolitische Forum unter dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit in Afrika – Zwischen Aufbruch und Migration“ am 5. November 2015 war gut besucht. Schließlich ging es um die hochaktuellen Fragen, was die Ursachen für die Flüchtlingsströme sind und wie Entwicklungszusammenarbeit zur Lösung der Probleme vor Ort beitragen kann.

Die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung eröffnete ihre Rede mit dem Appell, Afrika nicht nur als ein Kontinent der Krisen zu sehen, sondern der Chancen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder sei beeindruckend, auch wenn nicht alles Gold sei, was glänze. Oft gingen die positiven Schlagzeilen noch mit Defiziten in demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklungen einher. Dennoch zeige z.B. der gescheiterte Putsch in Burkina Faso im September, dass eine aufgeklärte Zivilgesellschaft ein wirkungsvolles Instrument gegen Gewalt und Willkür sei.

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik stelle Deutschland vor große Herausforderungen. Der Slogan „Fluchtursachen bekämpfen“ sei hochaktuell und rücke die Entwicklungszusammenarbeit wieder in den Fokus. Die aktuelle Krise in Syrien, die für die meisten Flüchtlinge verantwortlich sei, sei eine geopolitische Herausforderung, an welcher die Entwicklungszusammenarbeit an ihre Grenzen stoße. Die Schaffung von Perspektiven und Strukturen sei eine der zentralen Aufgaben einer politischen Stiftung im Ausland. Dadurch trügen die Stiftungen zu der Bekämpfung von Fluchtursachen explizit bei. Auch das Fördern der innenpolitischen Debatte zur Entwicklungspolitik stehe dabei im Fokus.

Hendrik Denker, Referent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Referat für Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afrika, Afrikanische Union, betonte ebenso die Bedeutung des Chancenkontinents Afrika. Als Schwerpunktkontinent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit über 1,5 Milliarden Euro Förderung pro Jahr sei die Zukunft Afrikas eng mit der Europas verbunden. Frieden und Sicherheit, Schutz des Klimas und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung seien Kernbereiche der Arbeit. Schon alleine die demographische Entwicklung, die schnell wachsende Mittelschicht, Konsumenten- und Absatzmärkte der Zukunft, zeigten die Bedeutung des Kontinents auf.

Die gemeinsame Afrikapolitik der Bundesregierung solle die Kohärenz zwischen den Ministerien stärken. Auch der G7 Gipfel in Elmau im Juni dieses Jahres habe weitreichende Pläne beschlossen. So sollen bis 2020 zusätzlich zehn Gigawatt aus erneuerbaren Energiequellen produziert und 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung befreit werden. Auch die Vermeidung von Gesundheitskrisen wie Ebola und die wirtschaftliche Stärkung der Frauen ständen hoch auf der Agenda.

Von dem Migrationsgipfel in Valletta, an welchem Staats- und Regierungschef aus Europa und Afrika teilnehmen, erwarte er eine maßgebliche Beeinflussung der deutschen Entwicklungspolitik. Auch wenn aktuell nur ca. zehn Prozent der Flüchtlinge aus Afrika kämen, so seien zurzeit 15 Millionen Afrikaner auf der Flucht, zwölf Millionen innerhalb Afrikas. Insbesondere Kenia, Südafrika und Äthiopien müssten mit sehr hohen Migrationswellen umgehen, was diese Länder vor große Probleme stelle. Ein partnerschaftlicher

Ansatz sei für die zentralen Ziele, Fluchtursachen bekämpfen und Perspektiven schaffen, unabdingbar. Legale Migrationsrouten, aber auch die Bekämpfung von Schleuser Routen, ständen auf dem Programm.

Dr. Mamphela Ramphela, ehemalige Direktorin der Weltbank und eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft in Afrika, schilderte die neuen Möglichkeiten einer afrikanisch-europäischen Zusammenarbeit. Insbesondere die Probleme in der Infrastruktur erforderten gemeinsame Aktivitäten, beide Seiten könnten profitieren. Afrika sei einer der wenigen Plätze weltweit, die noch immer große Möglichkeiten für Investitionen und Wachstum böten. Dabei könne Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen, um diese Partnerschaft dynamischer zu gestalten. Für Ramphela sind dabei drei zentrale Themen ausschlaggebend: (1) Unterstützung guter Regierungsführung, menschlicher Entwicklung, Frieden und Sicherheit. Politische Bildung sei essentiell, damit die Bürgerinnen und Bürger des Staates, ausgestattet mit Rechten und Pflichten, selber das Schicksal ihres Landes bestimmen könnten. Sie unterstrich, dass die traditionelle bilaterale Entwicklungszusammenarbeit die Zivilgesellschaft in den Ländern zu wenig gefördert habe. Dabei sei die Zivilgesellschaft das Rückgrat jedweden Wandels und jedweder Entwicklung. Nur sie könne die Regierung zur Rechenschaft ziehen. Die Auszeichnung des tunesischen Dialogquartetts mit dem Friedensnobelpreis stärke die Zivilgesellschaft ungemein. (2) Investition in die Infrastruktur, um den Handel zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Auch die Berufsbildung sei von entscheidender Bedeutung. Insbesondere der Ausbau von erneuerbaren Energien habe großes Potenzial. (3) Neuausrichtung der Handelsverträge, um die afrikanischen Märkte und die Wirtschaft zu unterstützen. Aktuell sei ein globaler Wettbewerb ausgebrochen, um mit afrikanischen Staaten lukrative Handelsverträge zu schließen. Agrarsubventionen in den Staaten des Nordens seien jedoch kurzfristig und behinderten immer wieder die Entwicklung. So zitierte sie auch Günter Nooke, Afrikabeauftragter der Bundesregierung im BMZ, dass Handelsverträge und Verhandlungen nicht den Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zuwiderlaufen dürften.

Aktuell sei China der wichtigste Handelspartner für eine Vielzahl afrikanischer Staaten. 12,5 Prozent der gesamten Exporte gingen nach China. Ramphela bezeichnete China als scheinbar neuen besten „Freund“. So würde China das neue Hauptquartier der Afrikanischen Union bauen. Doch agierten chinesische Firmen nicht partnerschaftlich, sondern brächten alles mit, von den Palmen bis zu den Bauarbeitern.

Illegale Finanztransfers seien ein weiteres Problem. Schätzungen zufolge betrug diese in den letzten 50 Jahren eine Billion Dollar. Die Gründe seien Geldwäsche, Korruption, Missbrauch von Macht und Steuervermeidung. Aktuell kämen jedes Jahr 50 Milliarden Dollar hinzu – Geld, welches Afrika das Entwicklungspotenzial raube, das es benötige. Nur mit einer gemeinsamen Politik, die gegenseitige Interessen wahrnehme und schütze, könnten Europa und Afrika langfristig profitieren.

In der anschließenden Podiumsrunde führte Dr. Wolf Krug, Projektleiter der HSS für das südliche Afrika, durch die Diskussion. Dabei unterstrich er gleich zu Beginn den Stellen-

wert der Entwicklungspolitik in Deutschland. Hier sei sie nicht wie in vielen anderen Ländern eine Abteilung des Außenministeriums, sondern ein eigenständiges Ministerium.

Prof. von Carlowitz, Beiratsmitglied des Afrikavereins der deutschen Wirtschaft, hob die Komplementarität von Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftspolitik hervor. Die Unternehmen seien bedeutend, um Infrastrukturprojekte durchzuführen, aber auch um Arbeitsplätze zu schaffen. Entwicklungszusammenarbeit müsse einen gesicherten Rahmen für die einheimische wie die ausländische Wirtschaft generieren, ob durch Fachkräfteausbildung, Förderung des Rechtsstaates oder Good Governance.

Dr. Dan Shaham, Generalkonsul des Staates Israel für Süddeutschland und ehemaliger nichtresidenter Botschafter für das südliche Afrika, hob die positive Botschaft der Afrika-Initiative hervor. In dieser Initiative arbeiteten Deutschland und Israel, auch mit Blick auf die Vergangenheit, jetzt gemeinsam mit afrikanischen Partnerländern zusammen. Er unterstütze auch gemeinsame Initiativen der deutschen und israelischen Wirtschaft in Afrika, um zusammen an Lösungen zu arbeiten. Außerdem hob er die aktuelle Sicherheitslage, insbesondere in Eritrea, Somalia, Süd-Sudan und den Norden Nigerias hervor. Diese verursache nicht nur Migration, sondern stelle auch die Nachbarstaaten vor gewaltige Herausforderungen.

Prof. Dr. Axel Dreher, Entwicklungsökonom an der Universität Heidelberg, sieht für sich keine robuste Evidenz, dass die Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich etwas Positives bewirkt. Hier könnten zwar auch fehlende Daten und fehlerhafte Methoden eine Ursache sein. Er sähe den Hauptgrund jedoch darin, dass ein Großteil der Entwicklungshilfe nicht zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums gegeben würde, sondern aus kommerziellen oder auch geostrategischen Gründen. So hätten Länder, die für zwei Jahre temporär in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt wurden, einen hohen Aufschlag erhalten. Frankreich würde immer noch ehemalige Kolonien verstärkt unterstützen und die französische Sprache fördern. So spricht er sich für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit und Budgethilfe in ausreichend demokratisch legitimierten Staaten aus. Alles andere wäre für ihn nur Paternalismus. Zur Rolle Chinas merkte er an, dass man gar nicht wüsste, wie hoch die Entwicklungszusammenarbeit sei, da China den Anspruch, Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, gar nicht erhebt. Wenn es jedoch staatliche Entwicklungszusammenarbeit gäbe, dann werde diese nicht kommerziell betrieben. Politische Implikationen wollte er jedoch nicht verneinen. So sei die Anerkennung Taiwans ein Ausschlusskriterium für Entwicklungsgelder seitens Chinas. Ein gleiches Abstimmungsverhalten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen erleichtere jedoch den Zugang zu chinesischen Geldern. Dies sei für ihn mehr oder weniger der gleiche Ansatz, den auch westliche Geber verfolgten. Die Konditionalität westlicher Geber an z.B. Menschenrechte halte er jedoch für komplett verfehlt, da die Sanktionsmechanismen nicht wirken. Andere Mechanismen, in welchen z.B. zunächst bestimmte Entwicklungen umgesetzt werden müssten und es dann Geld gäbe, halte er für erfolgsversprechender. Alle waren sich einig, dass der chinesische Ansatz, der liefergebundenen Hilfe (Experten, Materialien, oder auch die angesprochenen Palmen) ein schlechter Ansatz sei. Westliche Geber, die dies auch in der

Vergangenheit praktizierten, hätten mittlerweile einen besseren Weg eingeschlagen und die Praxis beendet.

Die anschließende Diskussionsrunde widersprach dem Vorwurf des Paternalismus. So ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit für Denker partnerschaftlich ausgelegt. Die Schwerpunktwahl erfolge gemeinsam mit den Empfängern. Dabei sei z.B. der Bau einer Kläranlage als Infrastrukturprojekt immer mit politischen Dialogen zur Reform der Sektorstrategien und der generellen Schaffung von Institutionen verbunden. Ziel sei die Förderung der Nachhaltigkeit eines jeden Projektes. Ramphele begrüßte die Budgethilfe. Sie sei jedoch nur eine gute Idee, wenn sie Regierungen vorfände, die verantwortlich gegenüber der Bevölkerung handelten. Diese seien aber eine Ausnahme. Eine Förderung der Zivilgesellschaft, welche genau für diese Verantwortlichkeit sorgen könne, sei daher unverzichtbar. Diese Förderung sei jedoch nicht mit der Budgethilfe zu erreichen. Außerdem sprach sie sich dafür aus, dass die Zivilgesellschaft bei Regierungsverhandlungen beteiligt werde. Shaham stimmte dem zu. Er hob außerdem hervor, dass Personen, welche von der wirtschaftlichen Not befreit seien, auch eher ihre politischen Rechte einforderten und durchsetzten.

Carlowitz mahnte insbesondere an, den Bildungsstand zu erhöhen. Dies sei notwendig, um auch komplexere Produktionsprozesse ansiedeln zu können. Diese würden auch die Bereitschaft für nachgelagerte Industrien erhöhen, Investitionen zu tätigen. So seien zwar die geringeren Löhne durchaus lukrativ für Investoren, die Produktivität müsse aber ebenso Schritt halten. Ausbildung sei dafür unerlässlich. Als positives Beispiel hob er Äthiopien hervor, wo sich eine gut ausgebildete Arbeiterschaft in der Textilindustrie finde, welche immer wieder neue externe Investitionen anziehe. Eine Abkopplung des Wirtschaftswachstums vieler afrikanischer Länder von den Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt sei zudem dringend notwendig.

Auch das Publikum konnte an der Debatte teilnehmen. So standen vor allem die Fragen nach der Bekämpfung von Migrationsursachen im Mittelpunkt. Ist die Migration nicht auch ein Brain Drain für die Länder? Für Shaham ist die Frage nicht eindeutig zu beantworten. So führe die Abwanderung zwar zum Brain Drain, gleichzeitig würden jedoch die Rücküberweisungen wieder zu Investitionen und zu Ausbildung führen. Für Ramphele ist der Dreiklang aus Good Governance, Infrastruktur und Handelsentwicklung entscheidend. Migration zu stoppen, sei eine Unmöglichkeit, da sie zur Menschheitsgeschichte gehöre.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit den Agrarsubventionen, die afrikanische Märkte zerstören. Für Carlowitz hat auch die fehlende Produktivität der afrikanischen Wirtschaft einen Anteil an den Auswirkungen, abgesehen von der Frage, ob diese Subventionen fair oder unfair seien. Denker mahnte vor allem die Bedeutung ländlicher Entwicklung an. Mit der neuen Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ werde hier mit aller Deutlichkeit und hohen finanziellen Mitteln umgesteuert; es bräuchte aber noch viel Zeit. Geduld sei für Entwicklungspolitiker eine Grundtugend, die nicht wirklich zur Debatte um Bekämpfung von Fluchtursachen passe. Gerne sähe man die Antworten lieber gestern und nicht erst in fünf Jahren. Auch Fragen nach Korruption, der Rolle der Zivilgesellschaft und religiösen Konflikten fanden ihren Weg in die Diskussionsrunde.

Diese Veranstaltung, die die HSS gemeinsam mit dem Generalkonsulat des Staates Israel für Süddeutschland ausgerichtet hat, war auch ein Beitrag zu den Feierlichkeiten anlässlich von 50 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Mit der Deutsch-Israelischen Afrika-Initiative gibt es seit mehreren Jahren diverse Dreiecksoperationen mit afrikanischen Ländern, insbesondere in der Landwirtschaft und der Ernährungssicherung.

Außerdem stand das Entwicklungspolitische Forum wieder im Einklang mit der neuen Ausgabe der AMEZ mit dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit – Zwischen Geben und Nehmen“.

Am 17.12 wird es das nächste Forum geben. Thema wird der dann soeben stattgefundenen Klimagipfel in Paris unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Südostasien sein.